

Resolution der Vollversammlung am 23. September 2026

Mehrfähriger EU-Finanzrahmen muss stabile Agrarfinanzierung sicherstellen

Die aktuelle irische EU-Ratspräsidentschaft strebt noch für heuer eine politische Einigung der Staats- und Regierungschefs zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2028 – 2034 an. Mehrere EU-Nettozahler Staaten verlangen in der laufenden politischen Diskussion ein deutlich kleineres EU-Budget als von der EU-Kommission mit 2 Billionen Euro vorgeschlagen.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich unterstützt die Forderungen der Bundesregierung für entsprechende Kürzungen der Budgetmittel im Bereich der EU-Verwaltung und fordert gleichzeitig eine deutlich höhere EU-Mittelausstattung für den Agrarbereich, um eine Inflationsanpassung für die Direkt- und Ausgleichszahlungen sicherstellen zu können. Die heimische Landwirtschaft ist in der laufenden EU-Förderperiode mit massiven Kostensteigerungen bei Energie- und Betriebsmitteln konfrontiert, die zur Sicherstellung der internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eine reale Wertsicherung von Direkt- und Ausgleichszahlungen erfordern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in den laufenden EU-Budgetverhandlungen mit Nachdruck für eine steigende EU-Agrarfinanzierung einzusetzen und eine zumindest stabile nationale Kofinanzierung sicherzustellen. Gleichzeitig ist dafür Vorsorge zu treffen, dass bei allfälligen Übergangsjahren die volle Ausfinanzierung bestehender Programme sichergestellt werden kann.

